

## Hassprediger ausweisen

**Der Landesgruppenvorsitzende der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten, Roland Gewalt, fordert Innensenator Erhart Körting auf, von den Möglichkeiten, die das neue Zuwanderungsgesetz gibt, Gebrauch zu machen und islamistischen Extremisten die Grenzen aufzuzeigen.**

Nach einem Bericht von Frontal21 fielen in der Berliner Mawlana-Moschee Äußerungen, die unerträglich seien. Es sei, so Gewalt nicht hinnehmbar, dass im Verlaufe einer öffentlichen Versammlung Bekenntnisse abgegeben werden wie: „Im Jenseits kann der Deutsche wegen seiner Ungläubigkeit nur das Höllenfeuer erwarten.“ Die Deutschen wurden pauschal als „Atheisten“ bezeichnet, von denen man keinen Nutzen habe. Deutschland sei aber keine Spielwiese für hasserfüllte, politische Agitation, so Gewalt. Der Staat müsse seine Handlungsfähigkeit beweisen, um Auseinandersetzungen zu verhindern, wie sie sich in Holland

gezeigt haben. Wenn der Berliner Hassprediger aus der Mawlana-Moschee nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben sollte, müsse ihn der Berliner Innensenator ausweisen. Das neue Zuwanderungsgesetz gebe jetzt die Möglichkeit dazu.

Dass man den Dialog zwischen Muslimen und Christen auch anders führen kann, zeigt sich für die CDU Berlin in dem großen Zuspruch zu ihrem gerade begangenen „Fastenbrechen“. Dazu erklärten der Vorsitzende und der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer und Kurt Wansner: „Das Fastenbrechen markiert im Glauben des Islam das Ende des täglichen Fastens, das Ende der Enthaltensamkeit und der persönlichen Zurücknahme, in der Zeit des Ramadans. Mit unserer Einladung zu einem gemeinsamen Fastenbrechen wollen wir eine Brücke zwischen unseren Religionen schlagen – für mehr Toleranz, Akzeptanz und Miteinander.“

## Senat bricht wieder Verfassung



Foto: Boettcher

Nicolas Zimmer, CDU-Fraktionsvorsitzender

**Die CDU-Fraktion hat auf ihrer Sitzung in der vergangenen Woche die Voraussetzung für eine erneute Verfassungsklage mit einem einstimmigen Beschluss gelegt.**

Dazu erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer: „Wir sind zu diesem Entschluss gekommen, weil

der Senat unseren Verzicht auf eine Klage im Frühjahr nicht genutzt hat, die Finanzplanung im Sinne der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit jährlich darzustellen, sondern sich auch weiterhin hinter der Fassade des Doppelhaushalts versteckt.

Wir werden jedoch diesen permanenten Rechtsverstoß

der rot-roten Regierung nicht länger hinnehmen. Wir werden gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien gegen den Senat Klage einreichen“.

Zimmer kritisiert, dass der Senat die Tradition des Verfassungsbruchs fortsetze. Er drücke sich offenbar davor, den Berlinern die schonungslose Wahrheit über weitere geplante Einschnitte und Einsparungen zu offenbaren. Dies habe, so Zimmer, nicht nur direkte negative Auswirkungen für unsere Stadt, sondern erschwere auch die Position Berlins im Zusammenhang mit der Klage auf Bundeszuweisungen in Karlsruhe.

Zimmer kritisierte den Senat, mit seinem Verschiebepolitik bei den Finanzen nur an Wahlgeschenke für das Wahljahr 2006 zu denken: „Die böse Überraschung folgt dann jedoch auf dem Fuße, wenn Karlsruhe diese Philosophie durchkreuzt.“

## Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell

Fortsetzung von Seite 1:

Ziel der Unionsparteien ist es dagegen, auch in Zukunft Spitzenmedizin allen Bürgerinnen und Bürgern, und zwar unabhängig vom Einkommen und vom Alter, zur Verfügung stellen zu können. Deshalb erhalten

die Kassen nach dem neuen Solidarischen Gesundheitsprämien-Modell für jeden gesetzlich Versicherten eine feste Prämie von 169 Euro. Davon zahlen die Versicherten 109 Euro im Monat. Die restlichen 60 Euro fließen aus einem Sondervermögen,

das mit rund 65 Milliarden Euro von den Arbeitgebern gespeist wird. Zudem wird festgelegt, dass der Arbeitgeberbeitrag auf 6,5 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3525

Wettbewerb der Versicherungen um die Versicherten. Das Prämienmodell ist der richtige Weg. Denn den Arbeitnehmern bleibt bei der solidarischen Prämie netto mehr in der Tasche, das heißt der Anreiz zur Schwarzarbeit

teiligen sich dann alle entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, auch die Besserverdiener und die privat Versicherten. Gibt es Alternativen? Nein. Weder der noch wenig konkrete rot-grüne Weg der Bürgerversicherung, klarer gesagt, der Bürgerzwangsversicherung, mit dem noch mehr Beitragzahler in eine gesetzliche Krankenversicherung gezwängt werden. Dieser liegt der Gedanke der Kollektivierung zugrunde. Diese aber ist nicht wegen Mitgliedermangels, sondern wegen der demographischen Änderungen und des medizinischen Fortschritts instabil. Die Bürgerversicherung gaukelt Stabilität nur vor. Die FDP dagegen will ein „Volk von Privatversicherten“. Das aber lässt jeden Einzelnen mit allen Risiken allein. Auch das ist nicht der Weg von CDU und CSU. (dr)

### Auf ein Wort: Kopfpauschale, die

Das Wort werden Sie nicht im Duden finden. Es zu analysieren lohnt sich umso mehr. Der Spiegel schreibt es klinge so etwas nach „Guillotine“. Er hat Recht. So wundervoll nebulös „Bürgerversicherung“ klingt, so inhaltlos die rot-grüne Werbebotschaft derweil ist, so hart und Ablehnung erzeugend klingt „Kopfpauschale“. Die CDU hat versucht den Begriff „Gesundheitsprämie“ zu kommunizieren, was aber selbst in Reihen der CSU nicht fruchtete. Jetzt

haben sich die Unionsparteien auf ein „Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell“ geeinigt, um die rot-grünen Versäumnisse der letzten 6 Jahre zu korrigieren und die Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik wieder flott zu machen. Dass sie nach 2006 die Möglichkeit dazu bekommen ist Deutschland zu wünschen. Dass der neue Begriff besser verstanden wird, bleibt abzuwarten. Ein Wort mit 13 Silben wird es aber dabei nicht einfach haben. (dr)



Edmund Stoiber (CSU) und Angela Merkel (CDU)

Euro festgeschrieben wird. In Zukunft wird ein Versicherter mit €1000 Monatseinkommen für die Versicherungen ein gleich guter Kunde wie ein Versicherter mit €3500 Monatseinkommen sein. Dies ist die Voraussetzung für mehr

wird minimiert. Leistung lohnt sich wieder. Auch die Arbeitgeber stellen sich besser als heute. Die soziale Gerechtigkeit wird gestärkt durch die Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder. An der Finanzierung der Kinder be-